

**Mail an FAZ Redaktion Leserbrief zu:  
„Der Energieberater“ und  
„Umweltminister Altmaier will  
kostenlose Energieberatung einrichten“  
vom 17.8.2012.**

Herrn Holger Steltzner ist sehr für seinen den Nagel auf den Kopf treffenden Kommentar zu der Energieberatungsinitiative und Dauer-Subventionspolitik unsers Umweltministers Altmaier zu Lasten aller Stromverbraucher zu danken.

Die „Energiewende sei irreversibel“ sagt unser Umweltminister. Als Jurist ist ihm wohl nicht bewusst, dass er damit einen fundamentalen Begriff der Energieprozesstechnik aufgegriffen hat, der genau das Dilemma der Umwandlung von Wärmeenergie in mechanische bzw. elektrische Energie beschreibt und dem zweiten Hauptsatz der Thermodynamik entsprechend, die bei rd. 30 °C anfallende große Menge an Wärmeenergie unserer thermischen Kreisprozesse als irreversibel, d.h. nicht rückholbar erklärt, immerhin rd. 60 % der eingesetzten Energie. Der zweite Hauptsatz wurde nicht im Bundestag beschlossen, sondern uns Menschen vom Lieben Gott naturgesetzlich vorgegeben.

Die Energiewende wurde mit der Mehrheit aller Parteien im Deutschen Bundestag singulär nur in Deutschland beschlossen. Ob dieser Beschluss „irreversibel“ ist, wird die Zukunft erweisen, aus fachlicher Sicht eines Energietechnikers oder Energiewirtschaftlers war er die folgenschwerste Fehlentscheidung mit hoher Belastung aller Bürger, die sich der Bundestag im Nachkriegsdeutschland je geleistet hat.

Es ist höchste Zeit dass die in der politischer Verantwortung stehenden das endlich erkennen und die Energiewendeziele endlich revidieren, denn sie ist in der Tat, wie Herr Vaatz MdB treffend sagt, ein **„sinnloses Experiment“**, und **obendrein auch noch extrem teuer**.

Da die Wind- und Sonnenstromanbieter nur ungesicherte Lieferzusagen geben können, nämlich immer mit dem Vorbehalt: *„wenn der Wind weht oder wenn die Sonne scheint“*, war das **„Aus“** für die Ökostromvermarktung im derzeitigen Börsenhandel bereits durch den unerreichbaren Arbeitspreis der konventionellen Stromerzeugung vorgegeben, man wollte es nur nicht wahr haben. Durch fluktuierende Einspeisungen werden eben keine Kraftwerke eingespart sondern nur der Brennstoff in den ohnehin weiter notwendigen Kraftwerken. Im Falle der Braunkohle beträgt dieser unter 2 ct/kWh und im Falle der Kernenergie sogar unter 1 ct/kWh. Auch in 100 Jahren wird man, trotz beliebig vieler Anlagen und Kostendegression bei den regenerativen Energien diese Wettbewerbspreise mit Wind- oder Photovoltaikanlagen nie erreichen können.

Die Energiewende ist in Irrtumsweg in die Deindustrialisierung unseres Landes und es ist daher unverantwortlich, weiter daran festzuhalten. Damit wurde Energie vom bisherigen Allgemeingut zum Luxusgut erhoben, mit dem sich auf höherem Erzeugungskostenniveau umso besser gut verdienen lässt. Dies haben alle Beteiligten wohl erkannt, es entspricht dem auch von den meisten Medien geschürten "Grünen" Zeitgeist in Deutschland, jedoch zum Nachteil aller sachlich im unklaren gelassenen und nun mit kostenloser Energieberatung und Energiesparaufforderungen beschwichtigten Stromverbraucher.

Auch die nun im Haushaltsplan der Bundesregierung vorgesehenen 260 neuen Planstellen, davon 180 bei der Bundesnetzagentur BNA, je 40 im BMWI und im BMU werden an den energiewirtschaftlichen Tatsachen nichts ändern können. Diese Arbeitsplätze irgendwann wieder öffentlich-dienstrechtlich abzuschaffen, ist wohl auch nicht möglich, das System muss eher kollabieren.

Es fragt sich nur, wann die Einsicht zu einer realistischen Energiepolitik hoffentlich wieder gereift sein wird. Sofern sich keine neue Partei in sachkundiger Weise der Sache annimmt, kann die nächste Bundestagswahl im September 2013 bezüglich der Energiefrage das Chaos nur noch vergrößern.

*Helmut Alt*



Breite Schultern: Umweltminister Peter Altmaier stellt sein Zehn-Punkte-Arbeitsprogramm für die Energiewende vor. Foto d

## Umweltminister Altmaier will kostenlose Energieberatung einrichten

Zehn-Punkte-Programm zur Umweltpolitik / „Energiewende ist irreversibel“

## Der Energieberater

Von Holger Steltzner

Die Regierung ist Gefangene ihrer überstürzten Energiewende. Dem von Beginn an falsch konstruierten Anreizsystem folgend, verstrickt sich die Koalition zusehends in Widersprüche. Das ist Ergebnis der damals von der deutschen Politik wie folgt definierten Ausgangslage: Die Wende müsse sofort kommen, weil eine Reaktorkatastrophe wie nach dem Tsunami in Japan auch hierzulande drohe. Und die Wende müsse rasch den Ausstoß von Kohlendioxid stoppen, damit Deutschland andere Länder bei der Rettung des Weltklimas mitreißt. Wer seinerzeit vor den Kosten einer solchen energiepolitischen Kehrtwende für die heimische Industrie, die mittelständische Wirtschaft und private Stromverbraucher warnte, wurde als Atomlobbyist verunglimpft.

In dieser Stimmungslage konnten die energetischen Einsparziele nicht ehrgeizig genug und die Förderung von hiesigen Photovoltaikanbietern und Windparkbetreibern nicht hoch genug sein. Inzwischen ist die Eurozone um einige Krisenerfahrungen reicher, und deutsche Politiker und heimische Stromkunden sind um einige Illusionen ärmer. Denn die Energiewende kostet viel Geld, und kein Land folgt

Deutschland ins energiepolitische Nirwana. Mehr als Herumdoktern am perfiden Fördersystem für erneuerbare Energie traut sich auch der neue Umweltminister Peter Altmaier (CDU) nicht zu. Also subventionieren weiterhin Mieter und Hartz-IV-Empfänger über die Stromrechnung die Solardächer von Villenbesitzern, zur Freude der chinesischen Solarzellenhersteller.

Jetzt soll der Stromkunde auch noch für die Milliardenrisiken des Betriebs von Windparks auf hoher See und die Netzanbindung haften. Erst zwingt die Politik die Stromkonzerne, das Netz von der Stromproduktion zu trennen. Danach will niemand ohne Übernahme der Haftung investieren. Nun wird auch dies auf die Haushalte abgeladen. Steht dem Verbraucher auf anderen Gebieten Ähnliches bevor? Soll er etwa als Patient künftig für Kunstfehler seines Arztes haften und auch noch den Verdienstaufschlag der Klinik tragen? Angesichts des Energie-Förderwahns muss man hoffen, dass die Klage der Textilwirtschaft gegen den Zwangsaufschlag auf den Strompreis vor dem Verfassungsgericht Erfolg hat, das ja in den neunziger Jahren schon den Kohlepfennig kippte. Aber das wird dauern. Bis dahin schickt Altmaier den Energieberater in die Hartz-IV-Haushalte. Für den „kostenlosen“ Rat, sich sparsame Kühlschränke, Waschmaschinen oder Fernseher anzuschaffen und die Wohnung zu dämmen, werden die sich bedanken.